



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
des Staates Deutschland/Germanien/Preußen

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

**Bundesverfassungsgericht**

**Löhne, 16.09.2016**

**Zweiter Senat**

**z. Hd. Frau Uhr (Regierungshauptsekretärin)**

**Schlossbezirk 3**

**76131 Karlsruhe**

(Behörde ist verpflichtet an die zuständigen Stellen weiterzuleiten)  
(vgl. § 31, Abs. 1 LDG, GG Art. 19 –Zitiergebot- VwVG §3 Abs. 1, GG Art. 133)

**Fax: 0721 / 9101-382**

**Aktenzeichen: 2 BvR 1422/16 - AR 4006/16, AR5107/16, AR 5108/16 u. a.**

**Sehr geehrte Frau Uhr,**

mit Verweis auf die Schreiben des lebenden und beseelten Menschen max, Mann aus der Familie peuker und des lebenden und beseelten Menschen jörg, Mann aus der Familie pagels, beide Menschen mit der Postanschrift des Zentralrat Deutscher Staatsrichter, Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne, an das Bundesverfassungsgericht in dem Zeitraum von Juni bis August 2016, ergeht durch den Unterzeichner eine Besorgnistrüge wegen dem Verdacht des Verstoßes gegen Gesetz und Recht durch Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der bundesrepublikanischen Rechtspflege und ihren Erfüllungsgehilfen in den Ämtern, Behörden, Dienststellen, Gerichten und Verwaltungen der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Verweis auf das Zwangsversteigerungsverfahren am Amtsgericht Bad Oeynhausen (vgl. 003 K 086/12 - 003 L 011/13 u. a.) vom 30.09.2015 in dem über 30 Prozessbeteiligte (vgl. Nießbraucher und Mieter) nur aus dem Grund aus dem Amtsgericht Bad Oeynhausen mittels unglaublicher Polizeigewalt „hinausgeprügelt“ und/oder in Arrestzellen eingesperrt worden

---

 **Der Vorsitzende**



# Zentralrat Deutscher Staatsrichter

Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
des Staates Deutschland/Germanitien/Preußen

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

waren, nur weil sie auf die Einhaltung von Gesetz und Recht durch die Bediensteten/Personal (vgl. Dienstaussweis/Personalausweis) des Amtsgericht Bad Oeynhausen bestanden hatten und zum Schluß sogar lautstark nach einem „Notstaatsanwalt“ gerufen wurde um entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. § 138 (3) StGB i. V. mit GG Art. 20 (4)/analog) Strafanzeige gegen die Rechtverstoßenden des Amtsgericht Bad Oeynhausen zu stellen.

Aber anstatt dem Ruf zur Einhaltung von Gesetz und Recht Gehör zu schenken, wurden die Prozessbeteiligten (vgl. Nießbraucher und Mieter) sowie auch „Bieter“ dieser Zwangsversteigerung u. a., am 30.09.2015 mittels unglaublicher Polizeigewalt aus dem Amtsgericht Bad Oeynhausen regelrecht „hinausgeprügelt“ (vgl. Anlagen als NIEDERSCHRIFT und schriftl. Zu Protokoll).

Bis heute wurde trotz vieler Strafanzeigen und der Veröffentlichung dieses Vorfalls auf der Internetseite der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland (vgl. [www.joh-nrw.net](http://www.joh-nrw.net)) durch die Staatsanwaltschaften der Bundesrepublik Deutschland überhaupt nichts unternommen. Das Verbrechen der Rechtsbeugung u. a. Straftaten durch Bedienstete/Personal (vgl. Dienstaussweis/Personalausweis) des Amtsgericht Bad Oeynhausen und der Polizei Herford wird somit durch die gesamte bundesrepublikanische Rechtspflege gedeckelt.

Schlimmer noch, diejenigen Menschen, die sich für die Einhaltung von Gesetz und Recht in der Bundesrepublik Deutschland einsetzen und auch darauf bestehen, dass endlich wieder rechtsstaatliche Verhältnisse in Deutschland einkehren, damit die Rechtsicherheit für den Bürger wieder gewährleistet werden kann, diese Menschen werden sowohl durch die Judikative als auch durch die Exekutive und deren Erfüllungsgehilfen (vgl. Medien, usw.) vorsätzlich kriminalisiert und als z. B. sogenannte Reichsbürger oder NAZIS in der Öffentlichkeit verhetzt/verleumdet.

---

 **Der Vorsitzende**



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
des Staates Deutschland/Germanitien/Preußen

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

Genau aus diesem Grund wurde ja auch das Bundesverfassungsgericht durch die o. g. Menschen als Angehörige der indigenen Volksgruppe Germaniten und der Freikirche WAG-Aktive Christen in Deutschland in den o. g. Angelegenheit angeschrieben weil diese „Praktiken“ eben an allen Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland, vorherrschen.

In diesem Zusammenhang wird durch den Unterzeichner darum gebeten Auskunft nach dem IFG, UIG, VIG darüber zu erteilen, ob sich die Richter und Rechtspfleger an den Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes noch an das Grundgesetz zu halten haben.

Darüber hinaus wird durch den Unterzeichner darum gebeten Auskunft nach dem IFG, UIG, VIG, darüber zu erteilen, ob sich die Richter und Rechtspfleger an den Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes an das Bundesverfassungsgerichtsgesetz zu halten haben.

#### Bundesverfassungsgerichtsgesetz

##### § 31

- (1) Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts binden die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden.

Auf Grund der Schreiben in den o. g. Angelegenheiten wurde durch das Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen, dass der zulässige Rechtsweg nicht ordnungsgemäß erschöpft und eine Verfassungsbeschwerde schon aus diesem Grund unzulässig sei. Darüber hinaus wurden die Beschwerdeführer darum gebeten, die Rechtsauffassung zu überprüfen.

---

 **Der Vorsitzende**



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
des Staates Deutschland/Germanitien/Preußen

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

Mit Verweis auf das Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgericht Karlsruhe vom 25. Juli 2012 (vgl. - 2 BvF 3/11 - 2 BvR 2670/11 - 2 BvE 9/11 - ) wird durch den Unterzeichner darum gebeten Auskunft nach dem IFG, UIG, VIG, darüber zu erteilen, ob mit diesem Urteil eine Rechtsanwendungssperre für die bundesrepublikanische Rechtspflege eingetreten ist.

Mit dem o. g. Urteil hat das Bundesverfassungsgericht am 25. Juli 2012 das Bundeswahlgesetz für verfassungswidrig und damit für illegal/nichtig befunden/erklärt hat.

Damit steht fest, daß unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes NOCH NIE (seit Bestehen der Bundesrepublik) der verfassungsmäßige Gesetzgeber am Werk war. Jedes Verfahren, dem nachkonstitutionelles Recht zugrunde liegt, ist wegen des VERFASSUNGSWIDRIGEN ZUSTANDEKOMMENS dieses Gesetzes selbst VERFASSUNGSWIDRIG und DAMIT ILLEGAL/NICHTIG.

Aus der Karlsruher Entscheidung folgt, daß jedes seriöse Gericht ( den gesetzlichen Richter setzen wir gedanklich mal voraus) bestehende Verfahren sofort unterbrechen müßte um pflichtgemäß eine Vorlage nach GG Art. 100/analog an das Bundesverfassungsgericht durchführen zu lassen - vgl. GG Art. 1 (3), 3, 4 (1) + (2), 20 (3) i. V. mit GG Art. 33 (3) – Zitat: Niemand darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen (vgl. Art. 140 GG/analog).

GG Art. 140

[ Recht der Religionsgemeinschaften]

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes (vgl. GG Art. 25 i. V. mit Art. 1, 5, 6, 13, 15 EMRK).

---

 **Der Vorsitzende**



# Zentralrat Deutscher Staatsrichter

Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
des Staates Deutschland/Germanien/Preußen

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

Gesetze, die keinen räumlichen Geltungsbereich definieren, sind generell **NICHTIG !** (vgl. BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147) - (BVerwG a.a.O) (BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963)

Es ist daher umfassend zu überprüfen ob abgeschlossene Verfahren wieder aufzunehmen sind bzw. ob und welche Schadenersatz- und Rückforderungsansprüche gegen die Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personal) der Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichte und Verwaltungen in der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen sind.

Damit in Zukunft der zulässige Rechtsweg durch weitere Beschwerdeführer ordnungsgemäß erschöpft werden kann, bittet der Unterzeichner darum die nachstehenden Anträge nach dem IFG, UIG, VIG, binnen 21 Tage ab Faxeingang dezidiert zu beantworten.

- 1.) Handelt es sich bei den **Gerichten** in der Bundesrepublik Deutschland um **staatliche** Gerichte (vgl. § 15 GVG) ?
- 2.) Wird an den **Gerichten** in der Bundesrepublik Deutschland der **gesetzliche Richter** gewährleistet (vgl. Art. 101 GG i. V. mit § 16 GVG/analog) ?
- 3.) Handelt es sich bei den **Richtern** an den **Gerichten** der Bundesrepublik Deutschland um unabhängige Richter die **ausschließlich** an Recht und Gesetz gebunden sind und das **rechtliche Gehör** der vermeintlich **Beklagten** oder **Prozessparteien** zu beachten haben (vgl. GG Art. 20 (3), 97, 103/analog) ?
- 4.) Sind die **Richter** und **Rechtspfleger** an den **Gerichten** in der Bundesrepublik Deutschland nach **deutschem Recht** zugelassen (vgl. § 11 (2) & (3) StGB/analog) ?



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
**des Staates Deutschland/Germanitien/Preußen**

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

- 5.) Liegen die **Geschäftsverteilungspläne** an den **Gerichten** in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (**vgl. § 21 e GVG/analog**) vor?
- 6.) Nach welchem **gültigem Recht** werden Strafverfahren, **Zivilverfahren**, Zwangsversteigerungen, **u. a.**, an den **Gerichten** in der Bundesrepublik Deutschland **durchgeführt** bzw. **durchgezogen** (vgl. Art. 23 GG a. F.) ?
- 7.) Im Namen welches **Volkes** werden Beschlüsse/**Urteile**/Verfügungen **u. a.** an den **Gerichten** der Bundesrepublik Deutschland erlassen ?
- 8.) Ist die **Gerichtsbarkeit** (vgl. bundesrepublikanische Rechtspflege) der **Gerichte** in der Bundesrepublik Deutschland auch für lebende und beseelte **Menschen** als **deutsche Staatsangehörige** durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) zuständig, oder ausschließlich **nur** für „natürliche und **juristische Personen**“ als **Inhaber** eines **Personalausweis/Reisepass** ?
- 9.) Welche **Staatsangehörigkeit** bescheinigt/**vergibt** die Bundesrepublik Deutschland mit dem **Verkauf** des Personalausweis/Reisepass mit der Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ von **1934** (vgl. Verstoß gg. Art. 139 GG) ?
- 10.) Werden an den **Gerichten** der Bundesrepublik Deutschland bis **dato** außer dem **Anwaltszwang** auch noch weitere **NAZI-Gesetze** zur **Anwendung** gebracht ?
- 11.) Können natürliche/juristische **Personen** in der Bundesrepublik die Einhaltung der **Menschenrechte** einfordern oder haben diese nur für lebende und beseelte **Menschen** Gültigkeit ?



# Zentralrat Deutscher Staatsrichter

Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
des Staates Deutschland/Germanien/Preußen

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

## Begründung zu Nr. 11. dieser o. g. Anträge nach dem IFG/UIG/VIG-analoge:

Im Buch Deutsches Richtergesetz aus dem Jahre 1973 steht unter dem § 9 (Voraussetzungen für die Berufungen der Richter) auf der Seite 102 folgendes: „ § 1 des Zweiten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 17.05.1956 (BGBL I S. 431) **gilt die deutsche Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 26.4.1954 als erloschen**“.

Wie dem Bundesgesetzblatt Teil II, Ausgegeben zu **Bonn** am 22. April 1976 zu dem Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung von **Staatenlosen** vom 12. April 1976 im Artikel 27 (vgl. Personalausweis) zu entnehmen ist, stellen die **Vertragsstaaten** jedem **STAATENLOSEN** der sich in ihrem **Hoheitsgebiet** befindet, einen **PERSONALAUSWEIS** aus.

Somit bleibt zu **vermuten**, dass den natürlichen/juristischen **Personen** als deutsche Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland **mittels** Personalausweis/Reisepass unter Vorsatz ihre **tatsächliche** Staatsangehörigkeit (vgl. Deutschland (Germany)) vorenthalten wird. ?

Damit bleibt an dieser Stelle die Frage **offen**, ob für natürliche/juristische **Personen** (vgl. Sachen) als vermeintlich **Staatenlose** in der Bundesrepublik Deutschland **überhaupt Recht** in der **bundesrepublikanischen** Rechtspflege **erreichbar** ist und ob darüber hinaus die **Menschenrechte** und **internationale** Chartas ( vgl. UNO-Resolution 217 A (III), EU-Annex doc 10111/06, A/RES/53/144, A/RES/45/120, A/RES/34/169, u. a.) für natürliche/juristische **Personen** in der Bundesrepublik Deutschland **Gültigkeit** besitzen, oder eben auch nur für **lebende** und beseelte **Menschen** ?

Die Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ von 1934 wird jedenfalls von allen lebenden und beseelten **Menschen** als **Angehörige** der indigenen Volksgruppe



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
**des Staates Deutschland/Germanitien/Preußen**

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

Germaniten, der Menschenrechtsorganisation **WAG** - Neue Gemeinschaft von lebenden und beseelten Menschen und der **Freikirche** WAG-Aktive Christen in Deutschland, u. a. WAGs, abgelehnt und **unwiderruflich** zurückgewiesen.

Abschließend wird hier dann **vorsorglich** auch noch mal auf die **Anzeigepflicht** (vgl. § 138 (3) StGB/**analog**) für **jedermann** bei erkennbaren **Straftaten** hingewiesen. Dem **Unterzeichner** soll später **niemand** kommen, er hätte von dem Handeln/Tun der **Kriminellen** (vgl. **Zitat Frank Fahsel 2008**) in der bundesrepublikanischen Rechtspflege nichts gewußt.

**Frank Fahsel :**

Ein Richter im Ruhestand gesteht...

**tiefer Ekel...**

“Ich war von 1973 bis 2004 Richter am Landgericht Stuttgart und habe in dieser Zeit ebenso unglaubliche wie unzählige, vom System organisierte Rechtsbrüche und Rechtsbeugungen erlebt, gegen die nicht anzukommen war/ist, weil sie systemkonform sind. Ich habe unzählige Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erleben müssen, die man schlicht „kriminell“ nennen kann. Sie waren/sind sich aber sakrosankt, weil sie per Ordre de Mufti gehandelt haben oder vom System gedeckt wurden, um der Reputation willen...

In der Justiz gegen solche Kollegen vorzugehen, ist nicht möglich, denn das System schützt sich vor einem Outing selbst - durch konsequente Manipulation. Wenn ich an meinen Beruf zurückdenke (ich bin im Ruhestand), dann überkommt mich ein tiefer Ekel vor “meinesgleichen“. Frank Fahsel, Fellbach, in der “Süddeutschen Zeitung“, 09.04.2008



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
**des Staates Deutschland/Germanien/Preußen**

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

**Der Präsident des Bundesgerichtshofes Prof. Dr. Günter Hirsch hat zur Aufarbeitung der realen Zeit folgendes dokumentiert:**

"Die Gefährlichkeit des Unrechtstaates liegt ja nicht so sehr darin, daß es Richter frontal veranlaßt, das Recht zu brechen, sondern darin, daß er Unrecht in Gesetzesform gießt und darauf setzt, daß Richter nicht mehr nach dem Recht fragen, wenn sie ein Gesetz zur Hand haben."

"Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet. Denn nach welchem Recht ihr richtet, werdet ihr gerichtet werden; und mit welchem Maß ihr, wird euch zugemessen werden. Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in deinem Auge? Oder wie kannst du sagen zu deinem Bruder: Halt, ich will dir den Splitter aus deinem Auge ziehen?, und siehe, ein Balken ist in deinem Auge. Du Heuchler, zieh zuerst den Balken aus deinem Auge; danach sieh zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst." <http://www.bibel-online.net/buch/40.matthaeus/7.html#7,1>

**Dr. Egon Schneider in der Zeitschrift für die Anwaltspraxis 1994, Seite 155:**

„Die deutsche Elendsjustiz nimmt immer schärfere Konturen an. Der Niedergang der Rechtsprechung ist flächendeckend. Was mich persönlich am meisten erschüttert, ist der Mangel an Berufsethik und an fachlicher Scham.“

**Dr. Egon Schneider in 'Zeitschrift für anwaltliche Praxis' 6/1999 vom 24.3.1999, S. 266:**

„Es gibt in der deutschen Justiz zu viele machtbesessene, besserwissende und leider auch unfähige Richter, denen beizukommen offenbar ausgeschlossen ist.“



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
**des Staates Deutschland/Germanien/Preußen**

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

**Aus „Recht ohne Gerechtigkeit“ von Dr. Henri Richthaler, C-Verlag 1989, Seiten 4f:**

„Über die Richter hinaus steht unser ganzes Rechtssystem kurz vor seinem Kollaps. Die Justiz hat ihre Fähigkeit verloren, gerechte und in vertretbarer Zeitspanne getroffene Entscheidungen zu fällen. In vergleichbarer Situation müßte ein Unternehmen Konkurs anmelden.“

Mit dem Rechts-Killer-Instrument der ‚freien richterlichen Beweiswürdigung‘ werden Prozesse von den Richtern so zurechtgeschnitten, daß gewünschte Resultate gerechte Entscheidungen verjagen. Nur noch formell nehmen die Gerichte ihre Aufgaben wahr.

Unser Rechtsstaat ist zum Rechtsmittelstaat verkommen. Die Justiz ist auf dem Niveau eines Glückspiels angekommen. Würden Urteile mit dem Knobelbecher ausgewürfelt, es wäre kein Unterschied in Resultat und Niveau zu Entscheidungen der Richter festzustellen. ‚Im Namen des Volkes‘ läßt sich ebenso gut würfeln wie langes Fachchinesisch in richterlicher Willkür verkünden.“

**Richter Diether Huhn schrieb 1982 in einem Buch über „Richter in Deutschland“, zitiert in Neue Juristische Wochenschrift 2000, Seite 51:**

„Ich bin selbst ein deutscher Richter, seit fast 20 Jahren. Ich würde mich nicht noch einmal entscheiden, ein deutscher Richter zu werden. Die deutschen Richter machen mir Angst.“

**Hamburger Richter und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, F.J. Mehmel**



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
**des Staates Deutschland/Germanien/Preußen**

Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

„**Das Ansehen der Justiz ist noch nie so schlecht gewesen wie heute.** Ihr Erscheinungsbild leidet unter langen Verfahrensdauern mit teilweise existenzbedrohenden Folgen, Binnenorientierung statt Zuwendung hin zum Bürger und obrigkeitstaatlichem Auftreten von Geschäftsstellen und Richtern.

Zu kritisieren ist der richterliche Arbeitseinsatz und die bestehenden Hierarchien, die fehlende Verantwortlichkeit für das eigene Arbeitsergebnis, die mit fehlender Kontrolle verbunden ist.“ FAZ vom 27.5.1997

**Soviel dann zu dem zulässigen Rechtsweg und der Bitte die Beschwerdeführer möchten bitte ihre Rechtsauffassung überprüfen.**

Abschließend bleibt festzustellen, dass auch die o. g. Angelegenheit vom **30.09.2015** (vgl. **003 K 086/12 - 003 L 011/13 u. a.**) am Amtsgericht Bad Oeynhausen rück abzuwickeln ist. Die **Restitution** ist somit zwingend geboten.

Aus vielfach gegebenem Anlass der Umdeutung von deutlichen Rechtbegehren in vorgebliche Beleidigungen gegen bundesrepublikanische Erfüllungsgehilfen gilt: **Kein Wort** dieses Schriftsatzes, weder als einzelnes noch i.V.m. anderen, darf dahin ausgelegt werden, dass es die Persönlichkeit oder Ehre irgendjemandes beeinträchtigt, vielmehr dient jedes ausschließlich der möglichst zügigen Verwirklichung der im BRdvd-Justizwesen z. Z. real inexistenten, nach Art. 79(3) des GG – als ausschließliches Besatzungsrecht zwecks Beseitigung der Weimarer Verfassung durch **Hochverrat** im Verstoß gegen §§ 80 ff. Reichsstrafgesetzbuch - festgelegten, so genannten freiheitlichen demokratischen Grundordnung: Menschenrechte/-würde, Volkshoheit, Gewaltentrennung, Rationalität und Recht, s. Art. 1, 19 und 20 GG.

---

 **Der Vorsitzende**



**Zentralrat Deutscher Staatsrichter**  
Rat der Richterinnen und Richter,  
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
**des Staates Deutschland/Germanitien/Preußen**

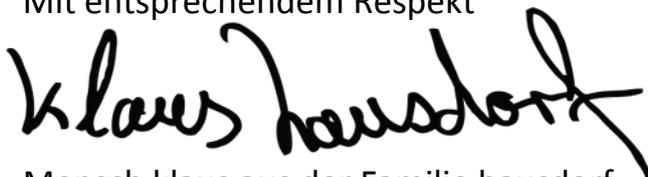
Zentralrat Deutscher Richter  Menschenrechtsstrafgerichtshof   
Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne  Zentrale: 0176 / 758 750 38

---

Wegen der Vortäuschung von der nur vorgeblichen Rechtskraftfähigkeit der bundesrepublikanischen Besatzungsrechtsetzung im völkerrechtswidrigen Widerspruch zur Weimarer Verfassung als bestehende deutsche Verfassung durch eine breite Missachtung des Völkerrechts, des Bestimmtheitsgebotes, des Zitiergebotes nach Art. 19 (1) GG und des nicht genannten unabdingbar notwendigen territorial-räumlichen **Geltungsbereiches** müssen sich die auf das GG gegen das Deutsche Volk zur Überfremdung verschworenen **Juristen** selbst an ihrem Betrug festhalten lassen, ohne dass Rechtbegehrende mit der Berufung auf solche Gesetze diese selbst anzuerkennen brauchen, um die unheilbaren Brüche in der bundesrepublikanischen Besatzungsrechtlehre unwiderlegbar nachweisen und in einem zukünftigen tatsächlichen verlässlichen deutschen **Rechtsstaat** justiziabel machen zu können.

Der **Unterzeichner**, als lebender und beseelter **Mensch** mit Abstammungs- und Naturrechten als deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) und **Angehöriger** der indigenen Volksgruppe Germaniten, erklärt aufgrund der gerichtlichen Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes Urteil 2 BvE 9/11 vom 25.07.2012 gemäß § 177 I BGB, daß er seine nachträgliche **Zustimmung** zur Geschäftsführung ohne Auftrag durch die sogenannte **Regierung** der Bundesrepublik Deutschland und **anderer** ihr nahe stehenden **Organisationen**, ablehnt/**versagt** und diesbezüglich vorsorglich **festgestellt**, daß er **nicht** gewillt ist, die Verletzung seiner grundgesetzmäßigen und **verfassungsmäßigen** nationalen/**internationalen** Rechte (vgl. Menschen- und Völkerrechte) durch stillschweigende Duldung zu heilen.

Mit entsprechendem Respekt



Mensch klaus aus der Familie hausdorf

---

 **Der Vorsitzende**

